

# ROLAND RECHTSREPORT 2017



**Einstellung der Bevölkerung  
zum deutschen Rechtssystem  
und zur Mediation**



**Innere Sicherheit und  
Terrorgefahr aus der Perspektive  
der Bürger**

# Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis:	deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.458 Personen
Auswahlmethode:	repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	persönlich/mündlich (face to face)
Repräsentativität:	repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum:	Oktober 2016

## Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

## Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG  
Dr. Jan C. Vaterrodt  
Leiter Marketing und Kommunikation  
Deutz-Kalker Straße 46  
50679 Köln  
[www.roland-gruppe.de](http://www.roland-gruppe.de)  
[presse@roland-gruppe.de](mailto:presse@roland-gruppe.de)

## Vorbemerkung

Mit dem ROLAND Rechtsreport wird regelmäßig die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH führt dazu nun bereits im siebten Jahr in Folge im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Einer der Schwerpunkte dieser Untersuchung war erneut die Ermittlung der grundsätzlichen Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem. Das Thema Mediation, das bereits in den vorangegangenen Studien eine wichtige Rolle gespielt hatte, wurde in der aktuellen Studie erneut ausführlich untersucht. Als neues Schwerpunktthema wurde der Themenbereich „Innere Sicherheit und Terrorgefahr“ aufgenommen. Hier ging es vor allem darum, herauszufinden, wie sehr sich die Bürger derzeit durch den Terrorismus bedroht fühlen, ob sie selbst befürchten, Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden, inwieweit sie ihr eigenes Verhalten in der Öffentlichkeit diesem Bedrohungsgefühl angepasst haben und welche Maßnahmen die Bevölkerung im Kampf gegen den Terrorismus für notwendig erachtet.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.458 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Interviews wurden zwischen dem 1. und 13. Oktober 2016 mündlich/persönlich (face to face) durchgeführt. Die Daten wurden also vor dem Attentat auf einem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember erhoben und somit nicht von diesem Ereignis beeinflusst. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee, im Dezember 2016  
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

# Inhalt

	Seite
Vorbemerkung .....	3
Geleitworte .....	5
Zusammenfassung .....	7
<b>Teil A</b> Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem und zur Mediation .....	9
I. Zunehmende Kritik an der Überlastung der Gerichte .....	10
II. Hoher Stellenwert der Mediation .....	16
<b>Teil B</b> Innere Sicherheit und Torgefahr aus der Perspektive der Bürger .....	22
I. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nimmt ab .....	23
II. Viel Unterstützung für staatliche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung.....	28
Verzeichnis der Schaubilder .....	35

## Liebe Leserinnen und Leser,



der Sommer des vergangenen Jahres war ereignisreich: Großbritannien stimmte für den Brexit, die Republikaner ebneten Donald Trump den Weg zur US-Präsidentschaft und in Rio wurden die Olympischen Spiele ausgetragen. Wer an den Sommer 2016 denkt, erinnert sich jedoch unweigerlich auch an die Serie von Amokläufen und terroristisch motivierten Attentaten, die ganz Europa in Atem hielten. Diese Ereignisse haben die Menschen allorts verunsichert. In dieser Ausgabe des ROLAND Rechtsreports haben wir untersucht, inwiefern das Sicherheitsgefühl der deutschen Bürger unter den Vorfällen gelitten hat. Ohne zu viel vorwegnehmen zu wollen: Die Strategie des Terrors, Angst zu verbreiten und so die Werte einer freien Gesellschaft zu unterlaufen, trägt leider Früchte.

Vor diesem Hintergrund sind nicht zuletzt die Politiker dieses Landes gefragt, Strategien zu entwickeln, um die Sorgen der Bevölkerung aufzufangen. Denn weit über die Terrorangst hinaus wächst in der Bevölkerung schon jahrelang die Sorge, Opfer eines Verbrechens zu werden. Und auch die Probleme im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise sowie die Häufung internationaler Konflikte nähren ein Klima der allgemeinen Verunsicherung, das durch die Angst vor Terror weiter befeuert wird. Doch welche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung kann die Politik ergreifen? Und ist ein wirksamer Schutz durch politische Intervention überhaupt möglich? Auch diesen Fragen geht der ROLAND Rechtsreport 2017 nach.

Wie in jedem Jahr analysiert die Studie jedoch auch die Einstellung der Deutschen zum Rechtssystem und zur Mediation. Denn als Rechtsschutz-Versicherer ist es für uns interessant und wichtig, die Sicht der Verbraucher zu kennen. Die Ergebnisse der Untersuchung zeichnen ein durchwachsendes Bild: Einerseits vertrauen die Bürger der Justiz, andererseits sind sie mit vielen Punkten unzufrieden.

Im Gegensatz dazu trifft die Mediation auf sehr viel Zuspruch. Etwa die Hälfte der Deutschen würde lieber eine außergerichtliche Konfliktbeilegung in Anspruch nehmen, als vor Gericht zu streiten. Das trifft insbesondere für diejenigen zu, die schon einmal an einem Mediationsverfahren beteiligt waren. Diese Erkenntnis stützt auch unsere Erfahrungen als Versicherer: Wenn beide Parteien gemeinsam eine Lösung erarbeiten, ist der Frieden anschließend von längerer Dauer.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre!

Herzliche Grüße

A handwritten signature in blue ink that reads "Rainer Brune". The signature is fluid and cursive.

Rainer Brune  
Vorstandsvorsitzender der  
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

## Liebe Leserinnen und Leser,



das Sicherheitsempfinden der Bürger erodiert seit Jahren. Das hat mit der wachsenden Zahl von Einbruchdiebstählen zu tun, mit den Anschlägen der letzten ein, zwei Jahre und mit dem Wissen, dass immer noch eine größere Zahl von Personen in Deutschland lebt, die nicht registriert sind oder deren Identität nicht zweifelsfrei geklärt ist.

All dies trägt dazu bei, dass die Sorge der Bürger wächst, Opfer eines Verbrechens zu werden. Orte, an denen viele Menschen zusammenkommen, wie Volksfeste, Innenstädte oder Bahnhöfe, lösen zunehmend Unbehagen aus; 45 Prozent der gesamten Bevölkerung haben sich in einem solchen Umfeld bereits unsicher gefühlt, Frauen noch signifikant mehr als Männer. Der Kreis, der sich durch Terrorismus bedroht fühlt, ist über die letzten zehn Jahre hinweg kontinuierlich angestiegen.

Diese Entwicklungen bedeuten eine große Herausforderung für Politik, Sicherheitskräfte und Justiz. Die Bürger erwarten, dass sie zusammenwirken, um Risiken so weit wie möglich einzudämmen. Die Bürger geben sich nicht der Illusion hin, dass vollkommene Sicherheit in einer freien Gesellschaft garantiert werden kann. Aber sie fordern mehr und umfassendere Maßnahmen, um die Risiken zumindest zu vermindern, vor allem eine bessere Überwachung öffentlicher Plätze, die Erfassung verlässlicher personenbezogener Daten,

einen effizienteren Austausch von Informationen zwischen den Sicherheitskräften und einen anderen Umgang mit Gefährdern, zum Beispiel durch eine Herabsetzung der Hürden für eine Sicherheitsverwahrung.

Trotz des wachsenden Bedrohtheitsgefühls in der Bevölkerung ist das Vertrauen in die Sicherheitskräfte und die Justiz in Deutschland nach wie vor groß. Dies belegt der neue ROLAND Rechtsreport. Versäumnisse werden bisher in erster Linie der Politik angelastet, die die Rahmenbedingungen für Justiz und Sicherheitskräfte bestimmt. Diese Rahmenbedingungen werden sich in den nächsten Jahren verändern, um den wachsenden Risiken Rechnung zu tragen.

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie Allensbach

## Zusammenfassung

### VIEL KRITIK AM DEUTSCHEN RECHTSSYSTEM, VERTRAUEN IN DIE INTEGRITÄT DEUTSCHER GERICHTE NIMMT AB

Das deutsche Justizsystem genießt in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen. Das Vertrauen der Bürger sowohl in die Gesetze als auch in die Gerichte ist unverändert hoch.

Dennoch gibt es aus Sicht der Deutschen eine ganze Reihe an Kritikpunkten. Insbesondere haben die Bürger den Eindruck, dass die meisten Verfahren in Deutschland zu lange dauern. Dieser Meinung sind ganze 80 Prozent. Außerdem sind 73 Prozent überzeugt, dass die Gerichte überlastet sind. Auch die Gleichbehandlung vor Gericht – einen der Grundsätze der deutschen Justiz – zweifeln viele Deutsche an. So glauben 62 Prozent, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 57 Prozent halten die Rechtsprechung in Deutschland ganz allgemein für uneinheitlich. Der Anteil derer, die die Chancengleichheit vor Gericht in Frage stellen, ist dabei unter Menschen mit Prozess Erfahrung besonders hoch. Komplizierte Gesetze kritisieren hingegen 60 Prozent der Bürger. Und knapp die Hälfte (49 Prozent) betrachten die Urteile der deutschen Gerichte als zu milde. Gerade gegenüber jugendlichen Straftätern würde eine Mehrheit von 58 Prozent härtere Strafen begrüßen.

Obwohl 31 Prozent der Bürger den Richtern großen Respekt entgegenbringen, bestehen erhebliche Zweifel an der Arbeit der Gerichte. Lediglich 23 Prozent bescheinigen ihnen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit – Tendenz fallend. Ebenfalls sind nur 23 Prozent davon überzeugt, dass vor dem Kadi stets alles mit rechten Dingen zugeht.

### BEKANNTHEIT DER MEDIATION AUF STABIL HOHEM NIVEAU, ABER WENIG PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN DAMIT

Seit der Einführung des „Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung“ waren zum Zeitpunkt der Erhebung rund vier Jahre vergangen. Inzwischen ist die Mediation bei 69 Prozent der Bevölkerung bekannt – je höher der Schulabschluss, desto weiter verbreitet das Wissen um die außergerichtliche Streitbeilegung. So haben bereits 84 Prozent der Personen mit höherer Schulbildung von der Möglichkeit der Mediation gehört. Von den Personen mit mittlerer Schulbildung sind es 65 Prozent und von denjenigen mit einfacher Schulbildung 57 Prozent.

Trotzdem haben die Wenigsten bisher selbst Erfahrungen mit außergerichtlicher Streitschlichtung gemacht: Nur vier Prozent der Deutschen waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Mediationsverfahren beteiligt.

Gleichzeitig würde eine Mehrheit von 48 Prozent im Fall der Fälle einer Mediation den Vorzug gegenüber dem klassischen Rechtsweg geben. Dies trifft umso mehr für diejenigen zu, die bereits Erfahrungen mit außergerichtlicher Streitschlichtung gemacht haben. Von ihnen würden sogar 67 Prozent ein Mediationsverfahren anstelle eines Gerichtsverfahrens wählen.

### ZEHN PROZENT FÜHLEN SICH SEHR DURCH TERRORISMUS BEDROHT, MEHR ALS EIN VIERTEL MEIDET BESTIMMTE ORTE ODER EREIGNISSE

Vor dem Hintergrund mehrerer Attentate in Deutschland und Europa im Sommer 2016 schätzen derzeit sieben von zehn Deutschen die Gefahr,

die von radikalen islamistischen Gruppen ausgeht, als groß oder sehr groß ein. Der Vergleich mit den Vorjahren zeigt, dass die Verunsicherung deutlich zugenommen hat. Hielten schon 2009 ganze 55 Prozent das Gefahrenpotenzial für groß oder sehr groß, waren es 2014 bereits 63 Prozent.

Die Mehrheit der Deutschen (65 Prozent) fühlt sich auch persönlich durch Terrorismus bedroht, zehn Prozent sogar sehr. Dieses Gefühl äußert sich unter anderem darin, dass 45 Prozent der Bürger an Orten mit vielen Menschen schon mindestens einmal verunsichert waren – ganz gleich ob auf Bahnhöfen, auf Volksfesten oder in Innenstädten. Drei Prozent fühlen sich sogar permanent unsicher.

Zwar führen die meisten Deutschen weiterhin ihr gewohntes Leben – dennoch meiden immerhin 27 Prozent aus Vorsicht bestimmte Orte oder Ereignisse wie große Volksfeste, Sportveranstaltungen oder Flughäfen. Darüber hinaus haben Menschen, die sich akut vom Terrorismus bedroht fühlen, weit mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt ihr Verhalten geändert, um einem möglichen Anschlag aus dem Weg zu gehen. Von ihnen verhalten sich 60 Prozent aus Angst vor Terror anders als früher. Von denjenigen, die sich in der letzten Zeit an bestimmten Orten unsicher gefühlt haben, schränkt sich fast jeder Zweite ein.

#### **MEHRHEIT VERTRAUT DER POLITIK IM KAMPF GEGEN TERRORISMUS NICHT, MÖGLICHE GEGENMASSNAHMEN WERDEN DENNOCH BEGRÜSST**

Bei aller Verunsicherung traut nur jeder Vierte der Politik zu, Deutschland mit den richtigen Maßnahmen vor Terroranschlägen schützen zu können. Die Mehrheit von 58 Prozent hingegen glaubt, dass ein wirksamer Schutz kaum möglich ist.

Die Bevölkerung hält dennoch eine ganze Reihe von Maßnahmen im Anti-Terror-Kampf für sinnvoll und unterstützt diese, um die Terrorgefahr zumindest einzuschränken. So sind jeweils mehr als drei Viertel dafür, Personen zu verhaften, die in terroristischen Ausbildungscamps waren, öffentliche Plätze strenger zu überwachen und enger mit ausländischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten. Fast ebenso viel Unterstützung erhalten die konsequente Abschiebung von Asylbewerbern unter Terrorverdacht sowie stärkere Grenzkontrollen. 62 Prozent der Deutschen möchten zudem, dass Personalausweise und Reisepässe grundsätzlich mit biometrischen Daten ausgestattet werden, 59 Prozent fordern die Registrierung der Fingerabdrücke von jedem, der nach Deutschland einreist. Und mehr als die Hälfte der Deutschen begrüßen es, Terrorverdächtige in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, selbst wenn diesen keine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann.

Verglichen mit der Gesamtbevölkerung finden sich unter denjenigen, die sich aktuell akut durch Terrorismus bedroht fühlen, besonders viele Befürworter möglicher Anti-Terror-Maßnahmen – zur Not sogar zulasten der Freiheitsrechte. So unterstützen nur 31 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 47 Prozent der akut Verunsicherten Hausdurchsuchungen schon bei geringem Verdacht. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung möchten jeden nach Deutschland Einreisenden vom Bundesgrenzschutz fotografieren lassen, von den stark Verunsicherten sind es 64 Prozent. Beim Thema Überwachung von Telefonaten, Post und Internetverkehr wünschen sich nur 28 Prozent der Gesamtbevölkerung ein strengeres Vorgehen – gegenüber 51 Prozent der akut Verunsicherten.



**Teil A** | Einstellung der Bevölkerung zum  
deutschen Rechtssystem und zur Mediation

# I.

## ZUNEHMENDE KRITIK AN DER ÜBERLASTUNG DER GERICHTE

Das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Rechtssystem ist seit Jahren äußerst stabil: Zuletzt hat das Vertrauen sowohl in die deutsche Gerichtsbarkeit als auch in die Gesetze sogar noch leicht zugenommen. Aktuell haben 74 Prozent der Bürger sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 68 Prozent in die Gerichte. Gleichzeitig äußert die Bevölkerung unverändert zum Teil deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik auf vier Bereiche:

- zu lange Verfahrensdauer durch die Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu komplizierte Gesetze und
- zu milde Strafen.

Allen voran wächst die Kritik an der Überlastung der Gerichte und der daraus folgenden oft sehr langen Dauer der gerichtlichen Verfahren. Mittlerweile haben 80 Prozent der Bürger den Eindruck, dass die meisten Verfahren in Deutschland zu lange dauern; 73 Prozent sind überzeugt, dass die Gerichte im Allgemeinen überlastet sind. Beide Kritikpunkte werden heute signifikant häufiger geäußert als noch vor einigen Jahren: Seit 2010 hat der Anteil derer, die überzeugt sind, dass gerichtliche Auseinandersetzungen in Deutschland zu lange dauern, um sechs Prozentpunkte zugenommen, der Anteil derer, die eine Überlastung der Gerichte beobachten, sogar um 13 Prozentpunkte.

Zudem äußert ein Großteil der Bevölkerung unverändert Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht. 62 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 57 Prozent halten die Rechtsprechung in Deutschland zudem ganz allgemein für uneinheitlich. Urteil und Strafmaß hängen ihrer Meinung nach stark vom jeweils zuständigen Gericht ab. Beide Kritikpunkte werden heute tendenziell etwas seltener geäußert als vor sechs Jahren.

Der dritte Kritikpunkt betrifft die komplizierte Gesetzgebung in Deutschland: Sechs von zehn Bürgern bemängeln, dass die Gesetze viel zu kompliziert sind, und bezweifeln, dass ein normaler Bürger in der Lage ist, sie zu verstehen. Der Trendvergleich mit dem Jahr 2010 zeigt, dass auch dieser Kritikpunkt heute etwas seltener geäußert wird.

Schließlich werden die in Deutschland verhängten Strafen von vielen als zu milde kritisiert. 49 Prozent der Bevölkerung halten die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein für zu milde – gegenüber 45 Prozent im Jahr 2010. Noch mehr stört sich die Bevölkerung an ihrer Meinung nach zu nachsichtigen Umgang mit jugendlichen Straftätern: So würden sich 58 Prozent ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. (Schaubild 1)

**Der Eindruck von der Überlastung der Gerichte nimmt deutlich zu**

Schaubild 1

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“  
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11061 (Oktober 2016)

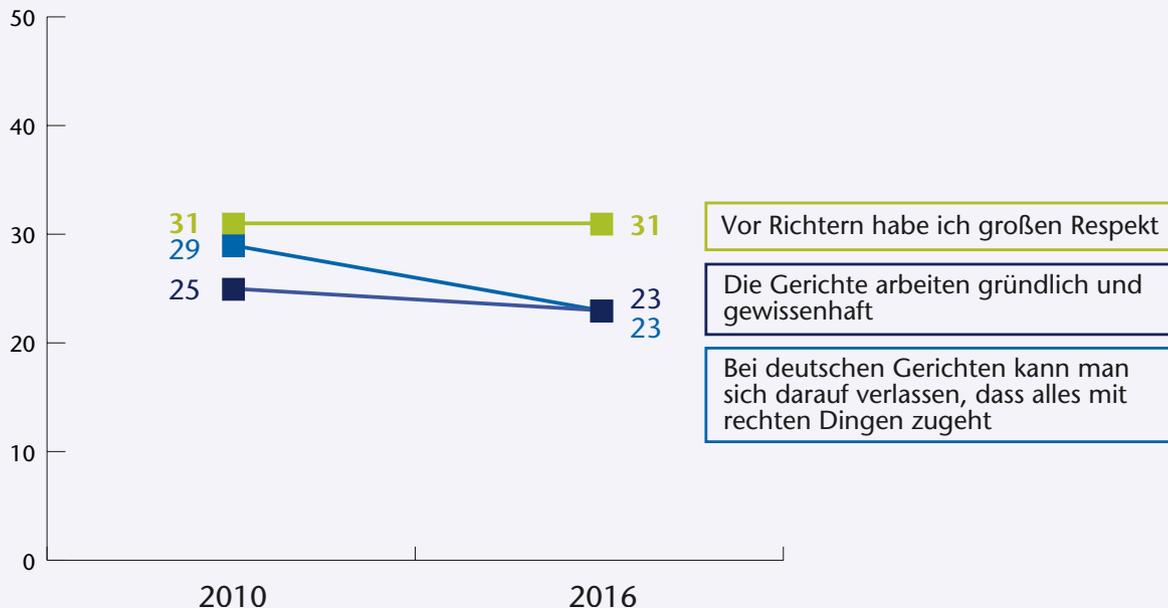
Nach wie vor überwiegen im detaillierten Bild vom deutschen Rechtssystem die kritischen Stimmen eindeutig. Vergleichsweise wenige Bürger stimmen ausdrücklich positiven Aussagen über die Justiz zu. Immerhin 31 Prozent geben zu Protokoll, dass sie großen Respekt vor Richtern haben. Aber nur knapp jeder Vierte ist überzeugt, dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten und

dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Der Trendvergleich zeigt, dass insbesondere das Vertrauen in die Integrität deutscher Gerichte in den letzten Jahren gelitten hat: Meinten vor sechs Jahren noch 29 Prozent, dass man sich auf die Redlichkeit deutscher Gerichte verlassen kann, sind dies aktuell nur noch 23 Prozent. (Schaubild 2)

### Respekt vor Richtern unverändert groß, aber weniger Vertrauen in die Integrität deutscher Gerichte

Schaubild 2

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“  
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



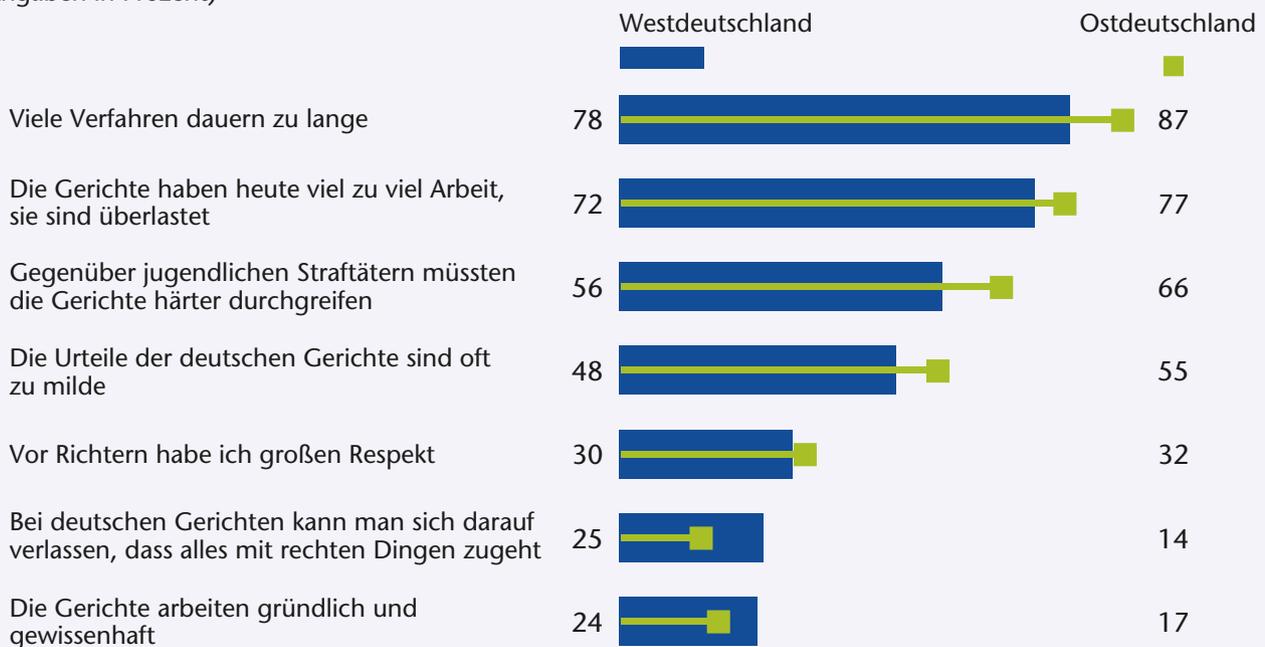
Noch weniger Vertrauen in die Integrität der deutschen Gerichte als die Bevölkerung insgesamt haben die Bürger in den neuen Bundesländern: Lediglich 14 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung glauben, dass man sich darauf verlassen kann, dass bei den Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht. Auch der Eindruck, dass die Gerichte gründlich und gewissenhaft arbeiten, ist im Osten des Landes wesentlich schwächer ausgeprägt als im Westen. Gleichzeitig übt die ostdeutsche Bevölkerung weit überdurchschnittlich Kritik an der langen Verfahrensdauer vieler Prozesse und am Strafmaß der deutschen Gerichte. So würden sich

66 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 56 Prozent der Westdeutschen ein härteres Durchgreifen gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. 55 Prozent der ostdeutschen – gegenüber 48 Prozent der westdeutschen Bevölkerung – halten die Urteile der Gerichte ganz allgemein für zu milde. Dass die Verfahren in Deutschland zu lange dauern, meinen 87 Prozent in den neuen Bundesländern, aber nur 78 in den alten. Dass die Gerichte insgesamt überlastet sind, finden 77 Prozent der Ostdeutschen und 72 Prozent der Westdeutschen. (Schaubild 3)

**Unterschiedliche Einstellungen zum Rechtssystem in Ost- und Westdeutschland**

Schaubild 3

Es stimmen der Aussage zu  
(Angaben in Prozent)



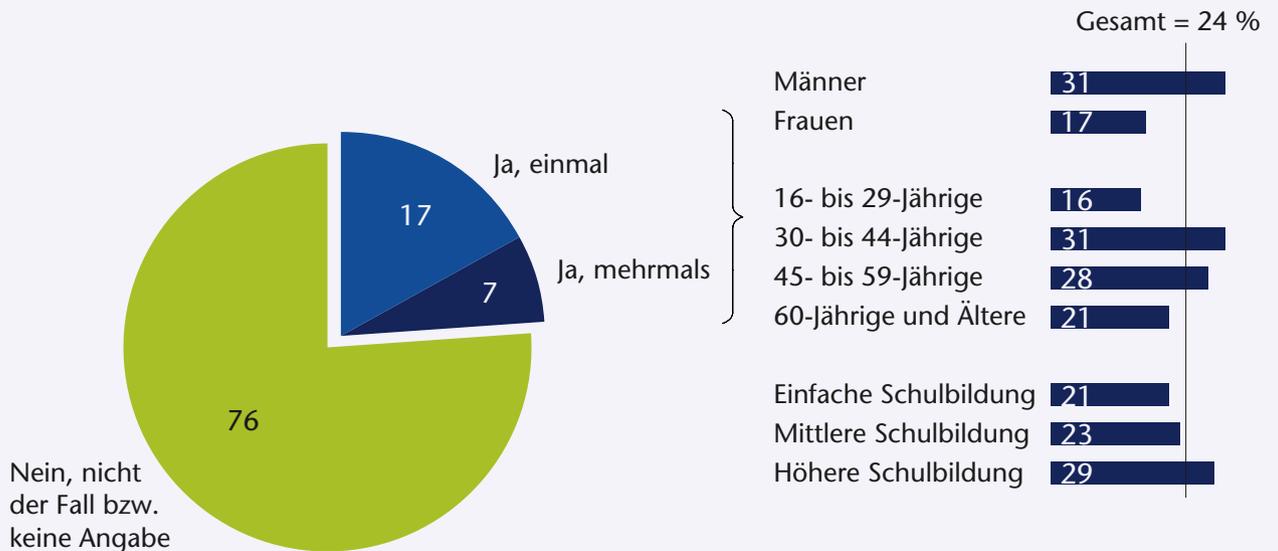
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 (Oktober 2016)

Viele Bürger urteilen dabei nicht nur aus der Außenperspektive, sondern zum Teil auch auf Basis persönlicher Erfahrungen mit den Gerichten. 24 Prozent der Bevölkerung waren in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. 17 Prozent waren einmal, sieben Prozent mehrmals

an Gerichtsprozessen beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer, Personen mittleren Alters zwischen 30 und 59 Jahren sowie Personen mit höherer Schulbildung in Gerichtsverfahren involviert. Frauen sowie unter 30-Jährige sind hingegen deutlich seltener als der Durchschnitt der Bevölkerung an Gerichtsverfahren beteiligt. (Schaubild 4)

**Fast jeder Vierte war in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt** Schaubild 4

Frage: „Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 (Oktober 2016)

Persönliche Erfahrungen bedeuten jedoch keineswegs ein günstigeres Urteil über das deutsche Rechtssystem. Im Gegenteil: Personen mit eigener Prozessenerfahrung beurteilen das deutsche Justizsystem in einigen Aspekten deutlich kritischer als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies gilt insbesondere für das Urteil über die Gleichbehandlung vor Gericht: So vertreten 69 Prozent derjenigen, die in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, die Auffassung, dass man die

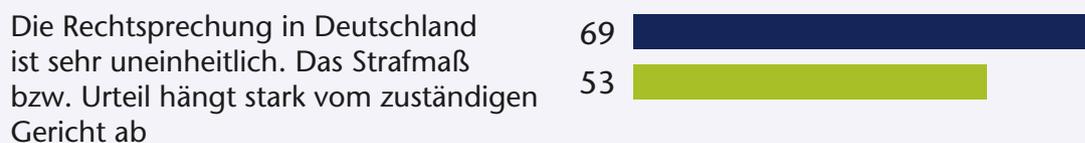
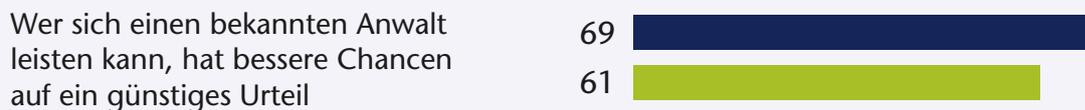
Chancen auf ein günstiges Urteil erhöht, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. Von Personen ohne eigene Gerichtserfahrung sind es hingegen nur 61 Prozent. Ebenfalls 69 Prozent der Personen mit Prozessenerfahrung sind überzeugt, dass in der deutschen Rechtsprechung Strafmaß und Urteil in hohem Maße davon abhängen, welches Gericht zuständig ist. Von den Personen ohne eigene Prozessenerfahrung sehen das nur 53 Prozent so. (Schaubild 5)

**Die Gleichbehandlung vor Gericht wird vor allem von Personen mit Prozessenerfahrung angezweifelt**

Schaubild 5

Es waren in den letzten 10 Jahren an einem Gerichtsprozess ... (Angaben in Prozent)

beteiligt   
nicht beteiligt 



## II.

### HOHER STELLENWERT DER MEDIATION

Je mehr insbesondere diejenigen, die persönliche Erfahrungen vor Gericht gemacht haben, die Gleichbehandlung vor Gericht anzweifeln, desto attraktiver erscheinen alle Formen der außergerichtlichen Einigung. Eine Möglichkeit der außergerichtlichen Einigung und eine Alternative zu herkömmlichen Gerichtsverfahren bietet die Mediation. Vereinfacht kann die Mediation als Verfahren beschrieben werden, in dem zwei Streitparteien mithilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam versuchen, zu einer Konfliktlösung zu kommen.

Die Mediation als Instrument der Streitbeilegung ist in Deutschland noch relativ jung. Erst Anfang der 1990er-Jahre wurde dieses Verfahren hierzu-lande diskutiert und empirisch evaluiert. Nachdem einige Gerichte bereits ab dem Jahr 2002 Mediationsverfahren angeboten hatten – die jedoch zumeist noch von den Gerichten selbst durchgeführt wurden – etablierte sich die außergerichtliche Mediation spätestens mit dem Inkrafttreten des sogenannten Mediationsgesetzes im Jahr 2012, das erstmals eine umfassende gesetzliche Regelung für die außergerichtliche Streitbeilegung bot.

Im ROLAND Rechtsreport wurde das Thema Mediation von Anfang an intensiv verfolgt. Bereits die erste Studie 2010 beschäftigte sich ausführlich mit der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Mediation. Im Rahmen der aktuellen Untersuchung für den vorliegenden ROLAND Rechtsreport werden die Ergebnisse auf Basis neuer Daten fortgeschrieben.

Die Bekanntheit des Mediationsverfahrens bewegt sich bereits seit einigen Jahren auf einem stabil hohen Niveau. Aktuell geben 69 Prozent der Bevölkerung zu Protokoll, dass sie bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört haben. Weniger als jeder Dritte hat hingegen noch nie etwas von dem Verfahren der Mediation gehört. Im Trendverlauf hat sich somit der Kreis derjenigen, die das Mediationsverfahren kennen, sukzessive erweitert. (Schaubild 6)

**Die Bekanntheit des Mediationsverfahrens weiterhin auf hohem Niveau**

Schaubild 6

Frage: „Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit der sogenannten Mediation. Dabei versuchen die beiden Streitparteien mithilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen. Haben Sie von der Möglichkeit der Mediation schon einmal gehört, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?“ (Angaben in Prozent)



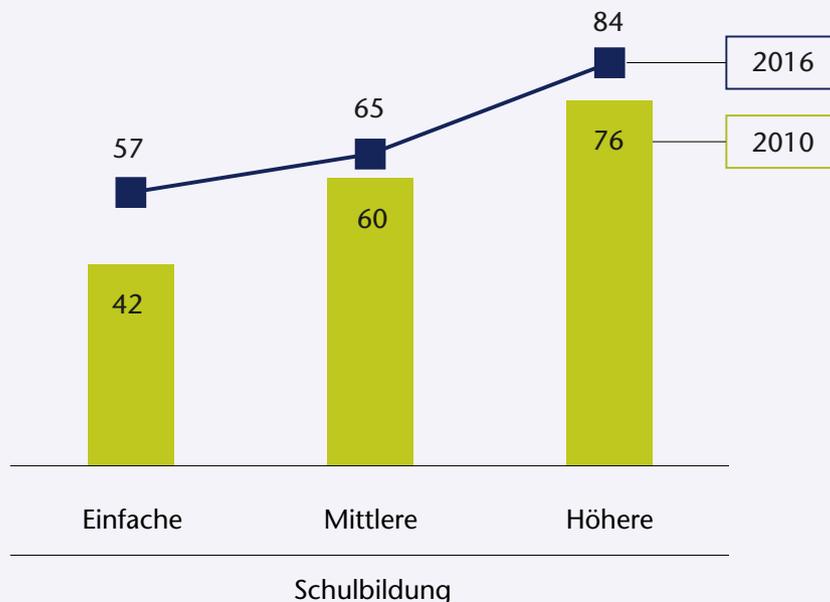
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 (Oktober 2016)

Weiterhin ist die Mediation in höheren Bildungsschichten überdurchschnittlich bekannt. So haben bereits 84 Prozent der Personen mit höherer Schulbildung von der Möglichkeit der Mediation gehört. Von Personen mit mittlerer Schulbildung sind es 65 Prozent und von denjenigen mit einfacher Schulbildung 57 Prozent. Der Trendvergleich mit der Erhebung aus dem Jahr 2010 zeigt jedoch, dass die Bekanntheit des Mediationsverfahrens vor allem

in den einfachen Bildungsschichten gestiegen ist. Kannten vor sechs Jahren gerade einmal 42 Prozent der Personen mit einfacher Schulbildung dieses Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung, so sind es aktuell 15 Prozentpunkte mehr. In den mittleren und höheren Bildungsschichten ist der Bekanntheitsgrad des Mediationsverfahrens im gleichen Zeitraum im Vergleich dazu weit weniger stark angestiegen. (Schaubild 7)

#### Bekanntheit des Mediationsverfahrens nach wie vor abhängig vom Bildungsniveau Schaubild 7

Es haben bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört  
(Angaben in Prozent)



Auch wenn bereits rund 70 Prozent der Bürger von der Möglichkeit der Mediation gehört haben, so ist der Anteil derer, die bereits persönlich an einem Mediationsverfahren beteiligt waren, eher gering. Gerade einmal vier Prozent der Bevölkerung waren innerhalb der letzten zehn Jahre einmal oder mehrmals an einem Mediationsverfahren beteiligt. Die Erfahrungen mit Mediationsverfahren sind in nahezu allen Bevölkerungsgruppen eher gering. Leicht überdurchschnittlich sind jene Bevölkerungsgruppen bereits persönlich mit dem

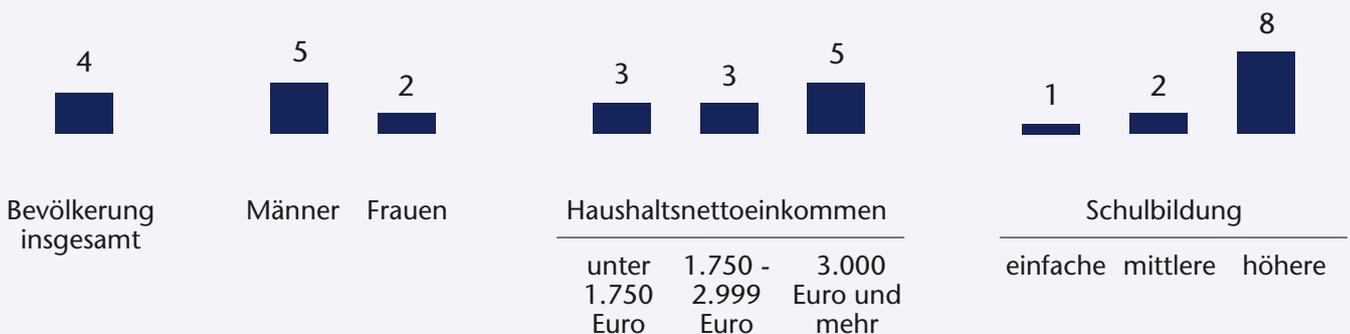
Verfahren der Mediation in Berührung gekommen, die auch ansonsten überdurchschnittlich oft an herkömmlichen Gerichtsprozessen beteiligt sind: Männer und Personen aus den höheren Einkommensgruppen. Die einzige Gruppe, deren Beteiligung an Mediationsverfahren deutlich über dem Durchschnitt liegt, sind Personen mit einem höheren Bildungsabschluss: Aus dieser Gruppe waren bereits acht Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre an einem Mediationsverfahren beteiligt. (Schaubild 8)

**Nur wenig Erfahrung mit Mediationsverfahren**

Schaubild 8

Frage: „Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Mediationsverfahren beteiligt, oder war das nicht der Fall?“ (Angaben in Prozent)

Es waren in den letzten 10 Jahren an einem Mediationsverfahren beteiligt



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 (Oktober 2016)

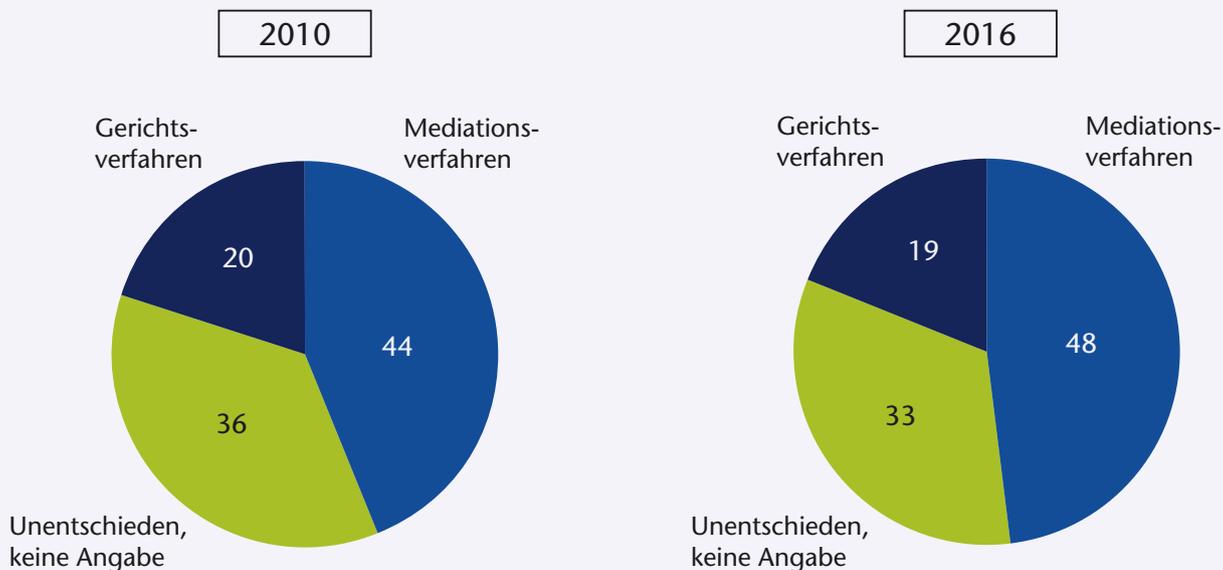
Vor die Wahl gestellt, welches Verfahren man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung bevorzugen würde, nennen 48 Prozent das Mediationsverfahren und nur 19 Prozent das Gerichtsverfahren. Jeder Dritte kann sich in dieser Frage nicht entscheiden. Im Vergleich zum Jahr 2010, als diese

Frage zuletzt erhoben wurde, hat sich die Präferenz für die außergerichtliche Streitbeilegung sogar noch leicht erhöht. Vor sechs Jahren gaben 44 Prozent dem Mediationsverfahren den Vorzug. (Schaubild 9)

### Mediationsverfahren bevorzugt

Schaubild 9

Frage: „Wenn Sie die Wahl hätten, welches Verfahren würden Sie bei einer rechtlichen Auseinandersetzung bevorzugen: ein Gerichtsverfahren oder ein Mediationsverfahren?“  
(Angaben in Prozent)



Das Mediationsverfahren wird vor allem von Personen präferiert, die selbst schon an einem solchen Verfahren beteiligt waren: Von ihnen würden 67 Prozent im Zweifel das Mediationsverfahren bevorzugen, nur 19 Prozent die gerichtliche Auseinandersetzung. Auch jene Personen, die in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt waren, favorisieren das Mediations-

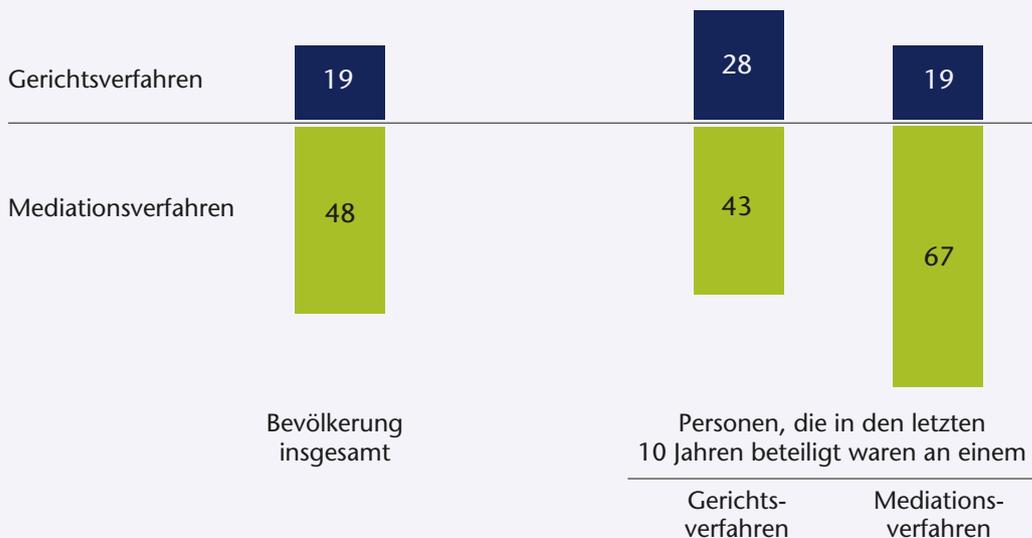
verfahren, allerdings weniger stark als der Durchschnitt der Bevölkerung. 43 Prozent der Personen mit Prozessenerfahrung würden bei einer rechtlichen Auseinandersetzung die außergerichtliche Mediation bevorzugen, immerhin 28 Prozent von ihnen ein herkömmliches Gerichtsverfahren. (Schaubild 10)

**Eigene Erfahrungen verstärken die Präferenz für Mediationsverfahren**

Schaubild 10

Frage: „Wenn Sie die Wahl hätten, welches Verfahren würden Sie bei einer rechtlichen Auseinandersetzung bevorzugen: ein Gerichtsverfahren oder ein Mediationsverfahren?“ (Angaben in Prozent)

Es würden bevorzugen



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 (Oktober 2016)

**Teil B** | Innere Sicherheit und Torgefahr  
aus der Perspektive der Bürger



# I.

## DAS SICHERHEITSGEFÜHL DER BEVÖLKERUNG NIMMT AB

Die plötzliche Zunahme von Anschlägen und Amokläufen im Sommer letzten Jahres hat das Sicherheitsgefühl der Bürger in Deutschland stark angegriffen. Die meisten waren zwar nicht überrascht, da sie bereits seit längerem auch in Deutschland mit Terroranschlägen gerechnet haben. So fürchteten bereits im April letzten Jahres 72 Prozent, dass es in Deutschland in nächster Zeit zu Terroranschlägen kommen würde. Die Häufung von Anschlägen und anderen Ereignissen in Deutschland und Europa haben jedoch dazu geführt, dass die Verunsicherung der Bürger deutlich zugenommen hat, da die Gefahren eines Anschlags ihrem Eindruck nach immer näher rücken.

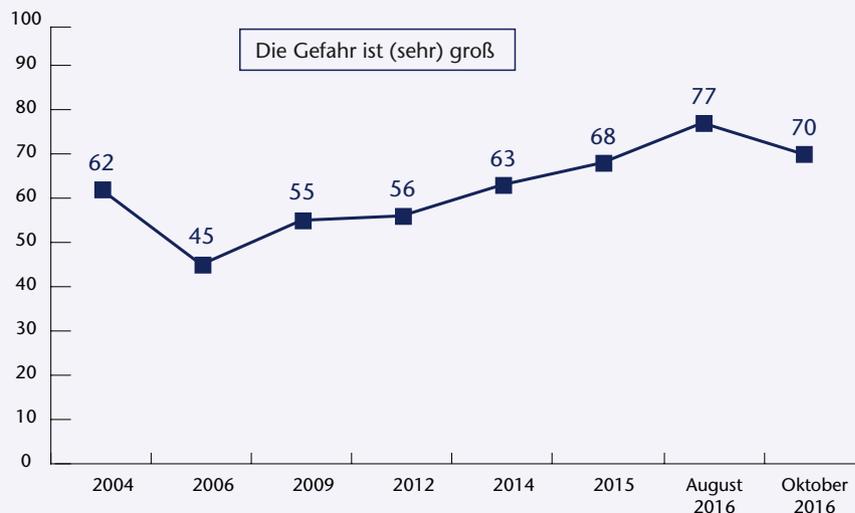
Die Gefahren, die in Deutschland von radikalen islamistischen Gruppen ausgehen, wurden bereits seit einigen Jahren von einer deutlichen Mehrheit

als äußerst bedrohlich eingestuft. Schon 2009 hielten 55 Prozent das Gefahrenpotenzial radikaler islamistischer Gruppen in Deutschland für groß oder sehr groß, fünf Jahre später waren es bereits 63 Prozent. Im August letzten Jahres – unmittelbar nach dem Amoklauf in einem Münchener Einkaufszentrum sowie den Anschlägen in einem Regionalzug bei Würzburg und dem Sprengstoffanschlag in Ansbach – stufen sogar 77 Prozent der Bevölkerung die Gefahren, die von diesen Gruppen in Deutschland ausgehen, als bedrohlich ein. Dies zeigt, wie sehr die Einschätzung der Gefährdungslage von einzelnen Ereignissen zusätzlich beeinflusst wird. Schon zwei Monate später – im Oktober letzten Jahres – ging der Anteil derer, die das Gefahrenpotenzial als hoch einstufen, auf 70 Prozent zurück. (Schaubild 11)

### Das Gefahrenpotenzial radikaler islamistischer Gruppen wird von vielen als hoch eingestuft

Schaubild 11

Frage: „Was meinen Sie: Wie groß ist die Gefahr, die in Deutschland von radikalen islamistischen Gruppen wie z.B. dem IS ausgeht?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11062 (Oktober 2016)

Vgl. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11054.

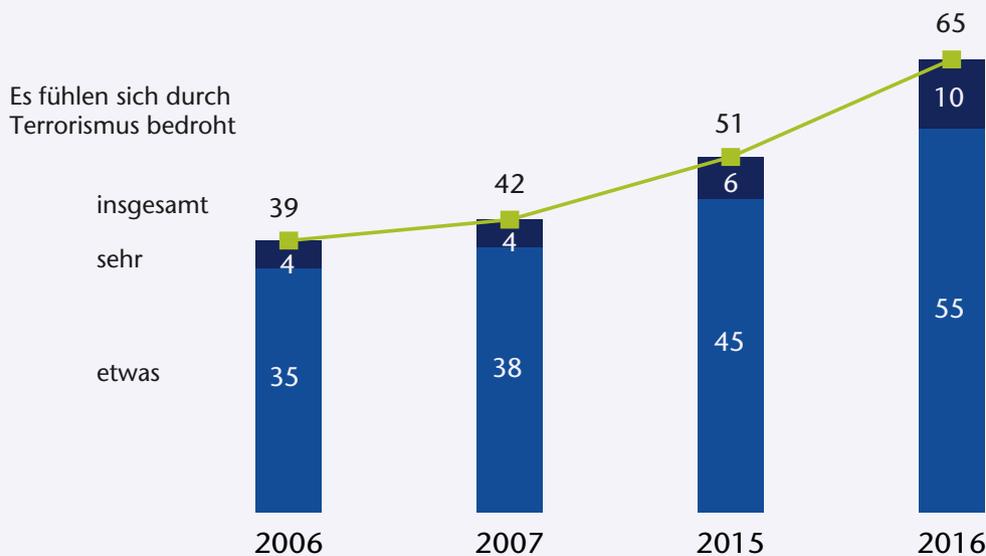
Die Terrorgefahr rückt jedoch nicht nur als abstrakte Gefahr immer näher, sondern beeinflusst zunehmend auch das persönliche Sicherheitsgefühl der Menschen. Vor zehn Jahren fühlten sich insgesamt 39 Prozent der Bürger vom Terrorismus unmittelbar bedroht, 2015 waren es bereits 51 Prozent. Die Ereignisse der letzten Monate – insbe-

sondere die Anschläge in Deutschland und Frankreich – haben das persönliche Bedrohungsgefühl der Menschen weiter verstärkt. Aktuell bekunden 65 Prozent, dass sie Angst haben, Opfer eines Terroranschlags zu werden; zehn Prozent fühlen sich sogar akut bedroht. (Schaubild 12)

**Das persönliche Bedrohungsgefühl wächst**

Schaubild 12

Frage: „Manche Menschen haben ja Angst, es könnte ihnen etwas passieren, sie könnten Opfer eines Terroranschlags werden. Wie sehr fühlen Sie sich durch Terrorismus bedroht?“  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11062 (Oktober 2016)

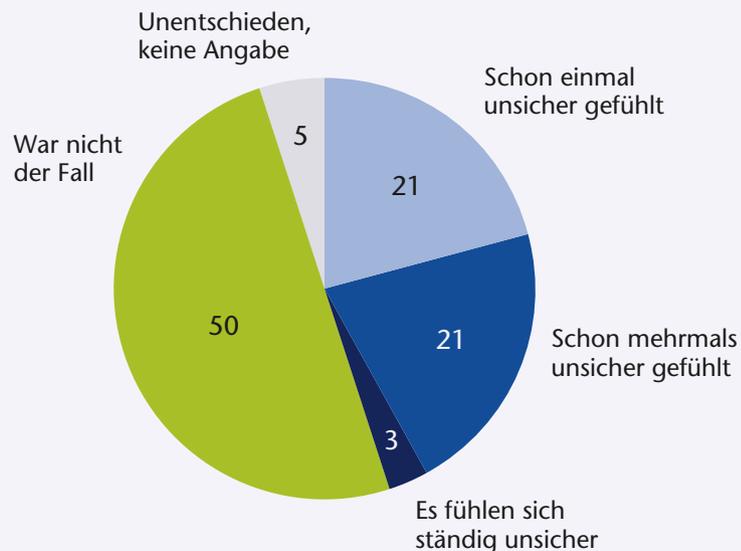
Das Bedrohungsgefühl beeinflusst auch das Lebensgefühl der Menschen. Ein Großteil der Bürger fühlt sich mittlerweile an Orten mit größeren Menschenansammlungen nicht mehr sicher. Die Sorge, an öffentlichen Plätzen mit einer größeren Anzahl von Menschen zum Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden, ist beträchtlich. Insgesamt 45 Prozent sind derzeit verunsichert, wenn sie an Orten unterwegs sind, an denen sich

viele Menschen aufhalten, sei es auf Bahnhöfen, auf Volksfesten oder auch in Innenstädten. Allein 21 Prozent haben sich in letzter Zeit aus Angst vor Anschlägen bei Menschenansammlungen schon einmal unsicher gefühlt, weitere 21 Prozent schon mehrmals. Drei Prozent der Bevölkerung fühlen sich sogar ständig unsicher, wenn sie sich auf öffentlichen Plätzen gemeinsam mit vielen Menschen aufhalten. (Schaubild 13)

### Fast jeder Zweite kennt das Gefühl der Unsicherheit

Schaubild 13

Frage: „Wie ist das bei Ihnen, wenn Sie zurzeit an Orten unterwegs sind, an denen viele Menschen sind, z.B. auf Bahnhöfen, auf Volksfesten, oder in der Innenstadt bzw. in Einkaufszentren: Haben Sie sich da aus Angst vor Anschlägen oder Gewalttaten schon ein Mal oder mehrmals unsicher gefühlt, oder war das nicht der Fall?“ (Angaben in Prozent)



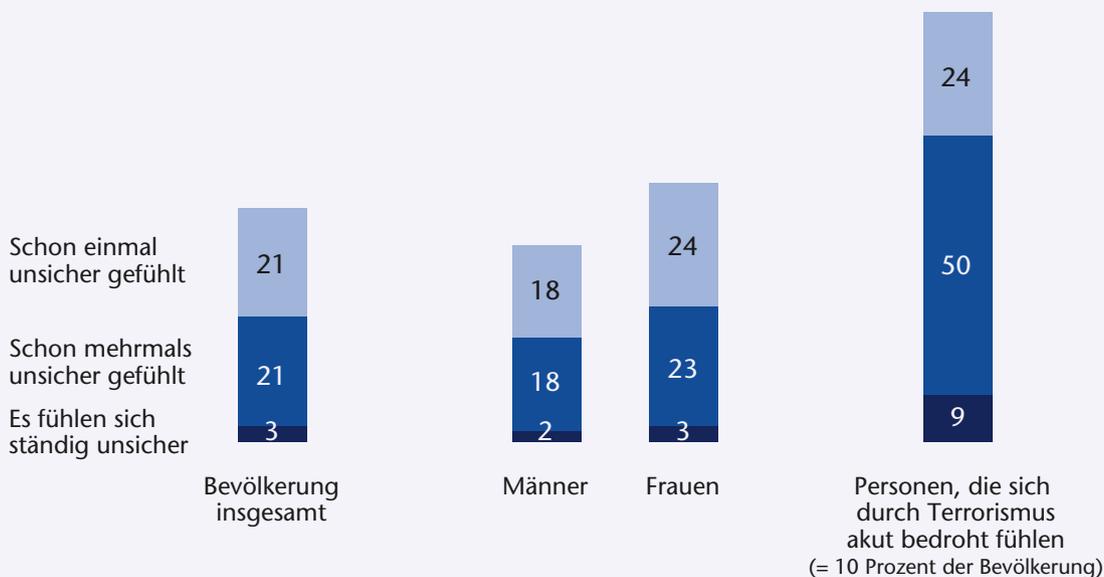
Unter denjenigen, die sich bei Menschenansammlungen unsicher fühlen, sind überdurchschnittlich viele Frauen. 47 Prozent der Frauen haben sich in der letzten Zeit an Orten, an denen viele Menschen unterwegs sind, aus Angst vor Anschlägen oder Gewalttaten einmal oder mehrmals unsicher gefühlt. Bei den Männern sind es nur 36 Prozent. Weit überdurchschnittlich verunsichert sind jene zehn Prozent der Bevölkerung, die sich durch den Terrorismus akut bedroht fühlen: Von ihnen

haben sich 74 Prozent in letzter Zeit einmal oder mehrmals unsicher gefühlt, wenn sie sich an Orten mit größeren Menschenansammlungen befunden haben. Weitere neun Prozent fühlen sich sogar ständig bedroht und verunsichert. Die Strategie des islamistischen Terrorismus zielt genau auf diesen wunden Punkt: Er soll ein Klima der Angst und Verunsicherung erzeugen und richtet sich damit letzten Endes gegen die freie und offene Gesellschaft. (Schaubild 14)

**Das Unsicherheitsgefühl ist bei Frauen überdurchschnittlich groß**

Schaubild 14

Frage: „Wie ist das bei Ihnen, wenn Sie zurzeit an Orten unterwegs sind, an denen viele Menschen sind, z.B. auf Bahnhöfen, auf Volksfesten, oder in der Innenstadt bzw. in Einkaufszentren: Haben Sie sich da aus Angst vor Anschlägen oder Gewalttaten schon ein Mal oder mehrmals unsicher gefühlt, oder war das nicht der Fall?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11062 (Oktober 2016)

Diejenigen, die sich akut bedroht fühlen, sind nicht nur in besonderem Maße verunsichert, sondern haben auch weit mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung ihr Verhalten geändert: 60 Prozent derjenigen, die sich durch den Terrorismus akut bedroht fühlen, versuchen derzeit, aus Angst vor Terroranschlägen bestimmte Orte oder Ereignisse zu meiden. Von denen, die sich in der letzten Zeit an bestimmten Orten unsicher gefühlt haben, schränkt fast jeder Zweite den eigenen Radius ein. Der Großteil der Bevölkerung ist hingegen

bemüht, das gewohnte Leben weiterzuführen und nicht aus Angst vor einem terroristischen Anschlag die eigenen Freiheitsspielräume aufzugeben. Dennoch versuchen immerhin 27 Prozent der Gesamtbevölkerung, ihr Risiko zu mindern, und meiden derzeit aus Vorsicht bestimmte Orte oder Ereignisse wie große Volksfeste, Sportveranstaltungen oder Flughäfen. Vor allem Frauen wollen auf diese Weise das Risiko minimieren, Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden. (Schaubild 15)

### Vermeidungsstrategien

Schaubild 15

Frage: „Versuchen Sie, aus Angst vor Terroranschlägen bestimmte Orte oder Ereignisse zu meiden, z.B. große Volksfeste, Sportveranstaltungen, Flughäfen oder Bahnhöfe, oder verhalten Sie sich nicht anders als früher“ (Angaben in Prozent)



# II.

## VIEL UNTERSTÜTZUNG FÜR STAATLICHE MASSNAHMEN ZUR TERRORBEKÄMPFUNG

Die wachsende Angst vor der Terrorgefahr trifft derzeit auf ein gesellschaftliches Klima, das weit über die Terrorangst hinaus von Verunsicherung geprägt ist. Seit Jahren wächst die Sorge, Opfer eines Verbrechens zu werden. Daneben beunruhigen die Bevölkerung nach wie vor die anhaltenden Probleme im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise sowie die Häufung internationaler Krisen – verbunden mit der Sorge, dass Deutsch-

land in internationale Konflikte hineingezogen werden könnte. In diesem Klima der Verunsicherung wächst das Gefühl, den Gefahren des internationalen Terrorismus schutzlos ausgeliefert zu sein. Nur rund jeder Vierte ist derzeit überzeugt, dass die Politik Deutschland mit den richtigen Maßnahmen vor Terroranschlägen schützen kann. 58 Prozent hingegen glauben, dass ein wirksamer Schutz kaum möglich ist. (Schaubild 16)

Wirksamer Schutz ist kaum möglich

Schaubild 16

Frage: „Glauben Sie, dass die Politik mit den richtigen Maßnahmen Deutschland vor Terroranschlägen schützen kann, oder ist ein wirksamer Schutz gegen Terroranschläge kaum möglich?“  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11062 Oktober 2016)

Die Bevölkerung ist dennoch davon überzeugt, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen gibt, die sinnvoll sind und mit deren Hilfe die Risiken mindestens reduziert werden können. Die Bürger setzen vor allem auf ein konsequentes Vorgehen gegenüber Personen, die in terroristischen Ausbildungscamps waren, auf eine bessere Überwachung öffentlicher Plätze, die stärkere Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten sowie stärkere Grenzkontrollen und eine konsequentere Abschiebung von Asylbewerbern, wenn sie unter dem Verdacht stehen, an Verbrechen beteiligt zu sein.

All diese Maßnahmen werden von mehr als drei Viertel der Bürger als geeignet eingestuft, um Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen. 62 Prozent sprechen sich zudem dafür aus, Personalausweise und Reisepässe grundsätzlich mit biometrischen Daten auszustatten, sowie 59 Prozent für die Registrierung von Fingerabdrücken von jedem, der nach Deutschland einreist. Mehr als jeder Zweite plädiert dafür, Terrorverdächtige in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, selbst wenn ihnen keine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann.

Rund vier von zehn Bürgern halten es darüber hinaus für sinnvoll, den Datenschutz zu lockern, damit die Sicherheitsbehörden ihre Daten besser austauschen können, öffentliche Plätze durch bewaffnetes Sicherheitspersonal bewachen zu lassen, jeden nach Deutschland Einreisenden vom Bundesgrenzschutz fotografieren zu lassen sowie

Online-Durchsuchungen von verdächtigen Personen zu erleichtern.

Wie sehr das allgemeine Unsicherheitsgefühl auch zu einer Neubewertung notwendiger Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus geführt hat, zeigt der Trendvergleich mit einer Untersuchung vom Juni 2015. Sämtliche damals wie heute ermittelten Maßnahmen werden aktuell von mehr Bürgern gefordert als vorletztes Jahr. Unter dem Eindruck der wachsenden Gefährdung nimmt die Unterstützung für sämtliche Anti-Terror-Maßnahmen zum Teil erheblich zu. Aktuelle Untersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach belegen, dass ein Großteil der Bevölkerung zwischen den Anschlägen der letzten Zeit und der Flüchtlingssituation eine Verbindung herstellt. Daher werden insbesondere Maßnahmen, die auch im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland diskutiert werden, heute überdurchschnittlich oft eingefordert. Hielten es zum Schutz vor Terroranschlägen in Deutschland vor einem Jahr noch 39 Prozent für eine geeignete Maßnahme, von jedem nach Deutschland Einreisenden die Fingerabdrücke zu registrieren, sind es aktuell bereits 59 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil an Personen, die sich für die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweisdokumenten aussprechen, von 43 auf 62 Prozent, der Anteil derer, die für eine vereinfachte Abschiebung von verdächtigen Asylbewerbern plädieren, von 64 auf 76 Prozent. (Schaubild 17)

Mehr Unterstützung für Anti-Terror-Maßnahmen

Schaubild 17

Frage: „Hier auf der Liste sind verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus aufgeschrieben. Bitte nennen Sie mir alle Maßnahmen, bei denen Sie sagen würden: 'Das halte ich für eine wichtige Maßnahme, um Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen.'“  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11040 (Juni 2015) und 11062 (Oktober 2016)

Der enge Zusammenhang zwischen dem persönlichen Bedrohungsgefühl und der Unterstützung von Maßnahmen zur Verhinderung von Terroranschlägen zeigt sich sehr eindrücklich in den Aussagen jener Personen, die sich derzeit durch den Terrorismus akut bedroht fühlen. Nahezu sämtliche Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die Terrorgefahr in Deutschland zu minimieren, werden von den stark Verunsicherten rigorosier eingefordert als von der Gesamtbevölkerung. Weit mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung setzt dieser Personenkreis auf eine Verstärkung der Grenzkontrollen, die Registrierung von Fingerabdrücken von Personen, die nach Deutschland einreisen, die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweisdokumente, die Möglichkeit, Terrorverdächtige auch ohne konkreten Nachweis einer Straftat in Sicherungsverwahrung zu nehmen sowie eine Überwachung öffentlicher Plätze durch bewaffnete Sicherheitskräfte.

Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen Personen, die sich akut gefährdet sehen, und der Gesamtbevölkerung bei der Unterstützung von Maßnahmen, die auch die Freiheitsrechte der Bürger berühren. So sprechen sich 31 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 47 Prozent der akut Verunsicherten dafür aus, dass Hausdurchsuchungen schon bei geringem Verdacht möglich sein sollten. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, gegenüber 64 Prozent der akut Verunsicherten, plädieren dafür, jeden, der nach Deutschland einreist, vom Bundesgrenzschutz fotografieren zu lassen. Ebenso votieren nur 28 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 51 Prozent der akut Verunsicherten im Kampf gegen die Terrorgefahr für eine stärkere Überwachung von Telefongesprächen, Post und Internetverkehr. Die Ergebnisse zeigen eindrücklich, wie sehr Bürger unter dem Eindruck der Verunsicherung und der Verängstigung bereit sind, Freiheitsspielräume aufzugeben und dem Staat mehr Eingriffsmöglichkeiten in die Privatsphäre einzuräumen. (Schaubild 18)

**Enger Zusammenhang zwischen Bedrohungsgefühl und Befürwortung von Anti-Terror-Maßnahmen**

Schaubild 18

**Es halten für eine wichtige Maßnahme, um Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen (Angaben in Prozent)**



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11062 Oktober 2016)

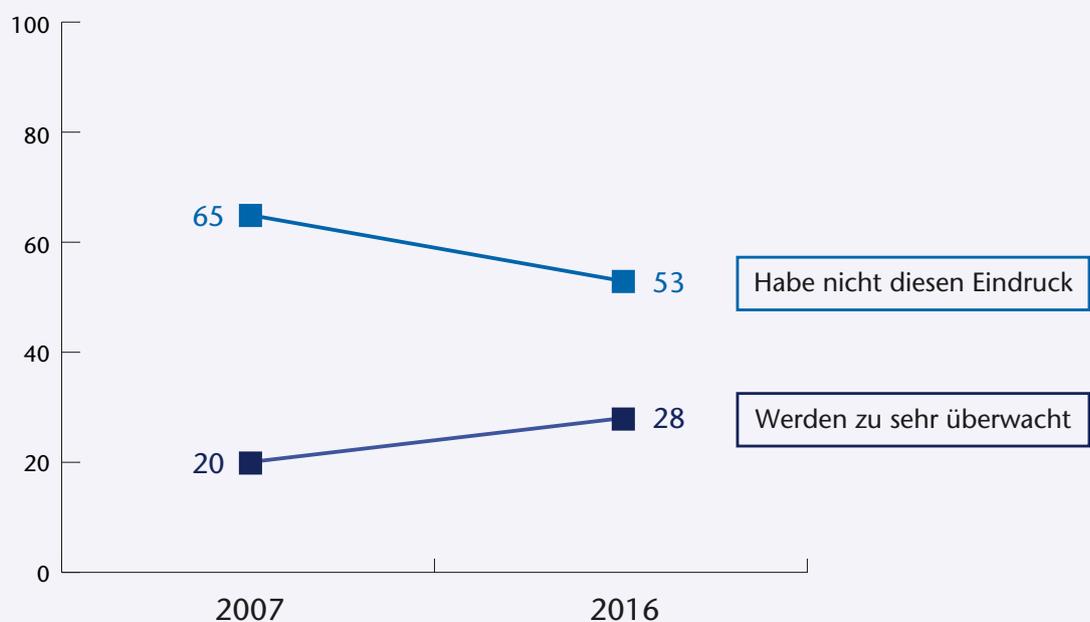
Dabei hält die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor das heutige Maß an staatlichen Überwachungsmaßnahmen für angemessen. Zwar wächst das Gefühl, dass der Staat seine Bürger zu sehr überwacht, aber mit 28 Prozent hält weiter-

hin nur eine Minderheit die Überwachungsmaßnahmen des Staates für überzogen. 53 Prozent teilen diesen Eindruck hingegen nicht: Sie halten die derzeitigen Überwachungsmaßnahmen des Staates für angemessen. (Schaubild 19)

### Gefühlt mehr staatliche Überwachung als früher

Schaubild 19

Frage: „Haben Sie den Eindruck, dass wir in Deutschland zu sehr vom Staat überwacht werden, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren;

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10012 (September/Oktober 2007) und 11062 (Oktober 2016)

Mehrheitlich teilen fast alle Bevölkerungsgruppen diese Auffassung – jedoch mit einigen Unterschieden. So sind insbesondere Ostdeutsche überdurchschnittlich skeptisch gegenüber dem Ausmaß an staatlicher Überwachung. Noch stärker wirkt sich jedoch die parteipolitische Orientierung auf das Urteil aus. Vor allem die Anhänger der Linken sowie der AfD kritisieren den Umfang der staatlichen Überwachungsmaßnahmen: 45 Prozent der Anhänger der Linken und 40 Prozent der AfD-Anhänger haben den Eindruck, dass die

Bürger zu sehr vom Staat überwacht werden. Dies sehen insbesondere die Anhängerkreise der SPD sowie der Unionsparteien völlig anders. Von den Anhängerkreisen der SPD teilt nur jeder Vierte diese Auffassung, von denen der CDU/CSU sogar nur jeder Fünfte. 62 Prozent der Unionsanhänger und 53 Prozent der SPD-Anhänger halten hingegen das Ausmaß an staatlicher Überwachung in Deutschland für angemessen. Von den Anhängern der FDP sind es sogar 64 Prozent, von denen der Grünen 54 Prozent. (Schaubild 20)

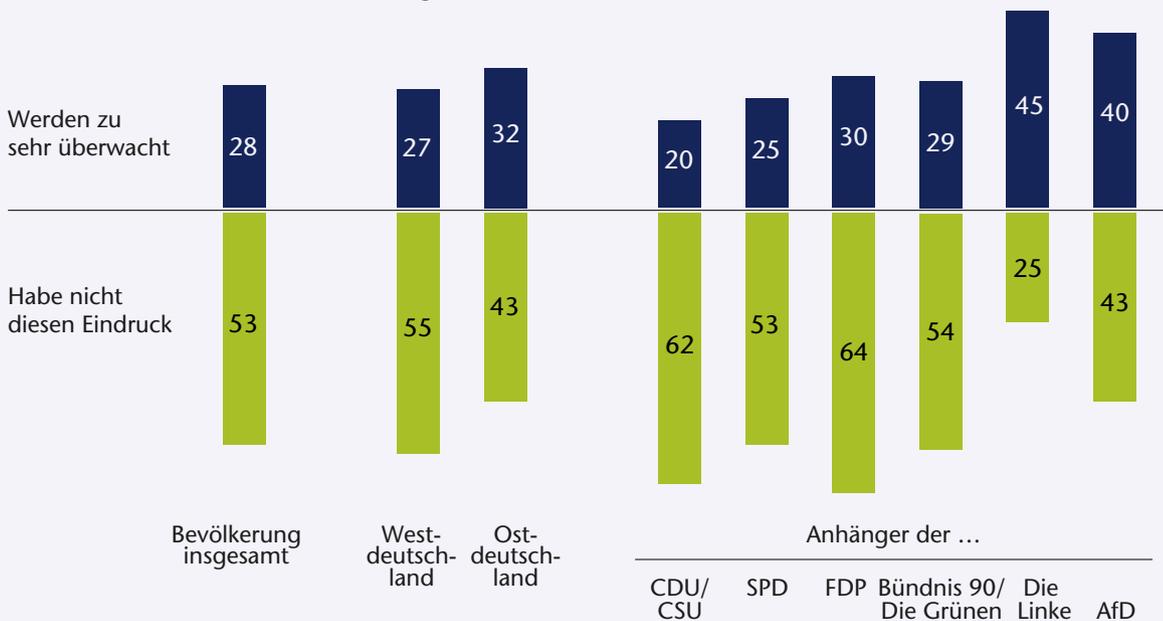
Die Frage, was im Konfliktfall Vorrang haben soll – größtmögliche Sicherheit oder die Freiheit der Bürger und ihr Schutz vor staatlicher Überwachung – spaltet seit jeher die Bevölkerung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass unter dem Eindruck steigen-

der Terrorrisiken die Bevölkerung bereit ist, einiges an Einschränkungen in Kauf zu nehmen, ohne dass die große Mehrheit von ihnen darin bislang einen Konflikt mit ihren Freiheitszielen sieht.

**Staatliche Überwachung angemessen?**

Schaubild 20

Frage: „Haben Sie den Eindruck, dass wir in Deutschland zu sehr vom Staat überwacht werden, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ (Angaben in Prozent)



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11062 Oktober 2016)

## Verzeichnis der Schaubilder

<b>Teil A</b>	<b>Seite</b>
Schaubild 1 Der Eindruck von der Überlastung der Gerichte nimmt deutlich zu .....	11
Schaubild 2 Respekt vor Richtern unverändert groß, aber weniger Vertrauen in die Integrität deutscher Gerichte .....	12
Schaubild 3 Unterschiedliche Einstellungen zum Rechtssystem in Ost- und Westdeutschland .....	13
Schaubild 4 Fast jeder Vierte war in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt .....	14
Schaubild 5 Die Gleichbehandlung vor Gericht wird vor allem von Personen mit Prozessenerfahrung angezweifelt.....	15
Schaubild 6 Die Bekanntheit des Mediationsverfahrens weiterhin auf hohem Niveau .....	17
Schaubild 7 Bekanntheit des Mediationsverfahrens nach wie vor abhängig vom Bildungsniveau .....	18
Schaubild 8 Nur wenig Erfahrung mit Mediationsverfahren .....	19
Schaubild 9 Mediationsverfahren bevorzugt .....	20
Schaubild 10 Eigene Erfahrungen verstärken die Präferenz für Mediationsverfahren .....	21

**Teil B**

Schaubild 11 Das Gefahrenpotenzial radikaler islamistischer Gruppen wird von vielen als hoch eingestuft.....	23
Schaubild 12 Das persönliche Bedrohungsgefühl wächst .....	24
Schaubild 13 Fast jeder Zweite kennt das Gefühl der Unsicherheit .....	25
Schaubild 14 Das Unsicherheitsgefühl ist bei Frauen überdurchschnittlich groß .....	26
Schaubild 15 Vermeidungsstrategien .....	27
Schaubild 16 Wirksamer Schutz ist kaum möglich .....	28
Schaubild 17 Mehr Unterstützung für Anti-Terror-Maßnahmen .....	30
Schaubild 18 Enger Zusammenhang zwischen Bedrohungsgefühl und Befürwortung von Anti-Terror-Maßnahmen .....	32
Schaubild 19 Gefühlt mehr staatliche Überwachung als früher .....	33
Schaubild 20 Staatliche Überwachung angemessen? .....	34



ROLAND Rechtsschutz Versicherungs-AG  
Deutz-Kalker Straße 46  
50679 Köln

[www.roland-gruppe.de](http://www.roland-gruppe.de)  
[service@roland-rechtsschutz.de](mailto:service@roland-rechtsschutz.de)